

20.05. 2010

Gemeinsame Pressemitteilung BUND Kreisverband Stuttgart & Stuttgarter Mobilfunkbürgerinitiativen

Stadt macht sich zum Büttel der Mobilfunkbetreiber - Mobilfunkvorsorgekonzept überfällig

Vertreter der vier Stuttgarter Mobilfunk Bürgerinitiativen, Bezirksbeiräte der SÖS und SPD, Gemeinderäte der GRÜNEN und SÖS /LINKE kritisierten auf einer gemeinsamen Besprechung am 19.05.2010 aufs Schärfste das Verhalten der Stadt Stuttgart bei der Aufstellung von Mobilfunkmasten.

Anlass der Empörung: das VGH Stuttgart untersagte den Bau eines Mobilfunkmastes in der Nähe der Jugendfarm Möhringen. Dagegen klagte die Stadt Stuttgart und bekam vom VGH Baden-Württemberg am 26.04.2010 Recht. Der Mast darf nun gebaut werden. Die Bürgerinitiativen und der BUND kritisieren: Die Stadt macht sich zum Büttel von O₂. Bürgermeister Hahn fällt damit nicht nur den Bürgerinitiativen in den Rücken, sondern missachtet auch den einstimmigen Beschluss des Bezirksbeirates Süd. Dieser hatte im Dezember 2009 von der Stadt gefordert,

- „1. die Aufgabe anzugehen, in der ersten Jahreshälfte 2010 einen integrierten Netzplan für alle bestehenden und noch zu erstellenden Mobilfunkanlagen aufstellen zu lassen;
2. dafür zu sorgen, dass bis zur Vorlage dieses Netzplans keine neuen Mobilfunkanlagen ohne Beteiligung des Bezirksbeirates genehmigt werden;
3. eine Strahlenkarte („Strahlenkataster“) von Stuttgart zur Feststellung der tatsächlichen Belastungen erstellen zu lassen;
4. den Bezirksbeirat rechtzeitig in Planungen für Mobilfunkanlagen einzubeziehen (hierzu sind dann auch Informationen über alle Mobilfunkanlagen mit deren Strahlenleistung in der Umgebung des geplanten Mastes vorzulegen und im Bezirksbeirat darüber zu berichten)“.

Auf diesen Beschluss reagierte die Stadt nicht, auch nicht auf ähnliche Beschlüsse der Bezirksbeiräte West und Plieningen – Birkach, Anfragen der Bürgerinitiativen Birkach und Stuttgart - West werden ignoriert.

Die Kommunen haben die Möglichkeit, ein Mobilfunkvorsorgekonzept zu beschließen, das eine Strahlenminimierung garantiert, und dies gegenüber den Mobilfunkbetreibern durchzusetzen. Hier kann und muss Stuttgart wie andere Städte und Gemeinden im Sinne des Gesundheitsschutzes der Bürger vorsorglich handeln.

Die Beteiligten fordern Herrn Bürgermeister Hahn auf, umgehend ein Gespräch mit Vertretern der Bürgerinitiativen und des BUND anzusetzen, auf dem diese Probleme diskutiert werden.

Kontakt: Peter Hensinger, Tel.: 0711/ 63 81 08
BUND – Kreisverband Stuttgart, Tel.: 0711/61970-41